

## Haushalt 2019

### CDU stimmt Haushalt zu Das ist Populismus zu Lasten der Stadt

Die Haushaltsrede von CDU-Fraktionschef Ralph Perlewitz wurde zu einer Abrechnung mit der SPD und der FWG: „Man kann den Eindruck gewinnen, dass die SPD und FWG stets Politik gegen den Bürgermeister machen und weniger das Wohl der Stadt im Auge haben. Keine Entscheidung treffen, allen wohl, niemandem weh, das ist keine Sachpolitik, sondern Populismus zu Lasten der Stadt.“ Und damit ging Perlewitz auf die alte Kamelle „Lehrschwimmbad“ ein. Das Hallenbad-Angebot werde künftig auf einen Standort konzentriert, untermauert der CDU-Fraktionschef noch einmal die Entscheidung seiner Fraktion, der FDP und der Grünen, ein neues Hallenbad im Bereich des jetzigen Standorts zu bauen. Den Schwimmern sei es zuzumuten, einen weiteren Weg zum Hallenbad in Kauf zu nehmen. „Wir werden sicherstellen, dass die Bevölkerung an der Konzeption einer neuen Schwimmhalle beteiligt wird.“ Zurückblickend sei es die FWG gewesen, so Perlewitz, die eine Sanierung des Lehrschwimmbades abgelehnt, dem Wunsch des Fördervereins „Pro Bad“ widersprochen und dieses zum Aus des Bades geführt habe.

Spielplätze, Schulen, Neubaugebiete, Umgehungsstraße – die Stadt sei top aufgestellt. Perlewitz in Richtung SPD: „Wir sind nicht die Partei, die sich jahrzehntelang für die B 64n eingesetzt hat und deren Vertreter in Berlin für die Umsetzung des Bundesverkehrsplans gestimmt haben, und nun – zum Zeitpunkt der Realisierung – plötzlich gegen die Stadtm-



Ralph Perlewitz (CDU)

gehung protestieren. Dieses Kunststück bringt nur eine Partei fertig, die orientierungslos nach Wählerstimmen sucht.“ Perlewitz rief den Ratsmitgliedern zu: „Warendorf ist zukunftsorientiert.“ Und er listete auch gleich viele positive Entwicklungen auf: Neubaugebiete, Moderationsverfahren Takke-Gelände, Stadtstraße Nord („Grundstücke sind gesichert“), Sanierung von Marktplatz und Marienkirchplatz, Vereinsheim in Freckenhorst, Stadtentwicklung (ISEK). . .

Die CDU positionierte sich klar für die Umgehungen in Warendorf und Freckenhorst und die Ausweisung von dringend benötigtem Wohnraum: „Warendorf hat als Wohnort einen guten Ruf, dem wir auch weiter gerecht werden wollen.“ Stichwort: Investitionen. Nach Zeiten der Stagnation, so Perlewitz, sei es jetzt Zeit, in die Zukunft zu investieren. Fazit: „Der Haushalt ist vom Finanzergebnis positiv, die Zahlen sind schlüssig, die Investitionen sind ambitioniert und couragiert – aber nicht waghalsig. Wir werden Warendorf in eine gute Zukunft führen.“ -ed-

### Bündnis90/Die Grünen Ein Bad aus einem Guss

Wir sind nicht allesamt über Nacht zu Bäderexperten mutiert. Mitnichten. Aber wir haben die Gutachten gelesen sowie Kosten und Nutzen sorgfältig abgewogen. Vielleicht hat das nicht jeder getan – oder wollte man die Entscheidung bis zur Kommunalwahl vertagen? Jessica Wessels, Fraktionschefin Bündnis 90/Die Grünen verteidigte den Antrag von CDU, FDP und Grüne für den Neubau eines Hallenbades. Den Kritikern rief sie zu: „Ein gutes Schwimmangebot trägt zur Lebensqualität bei. Aber auch neue bauliche und energetische Standards lassen sich mit unserem Antrag umsetzen: Größe, Energieeffizienz und Barrierefreiheit müssen eine Rolle spielen, deshalb wollen wir ein Bad aus einem Guss.“

Bei der Diskussion um die Zukunft der Bäder habe sich der Bürgermeister nicht gerade mit Ruhm bekleckert, so die Grünen. „Wir erwarten von einem Bürgermeister, dass er klar Position bezieht und mit der geballten Verwaltungskompetenz hinter sich Vorschläge in die Politik einbringt. Doch außer den Sachstand zu Papier zu bringen, kam nicht viel.“ In den Mittelpunkt stellten die Grünen den Sozialbereich: Sozialwohnungen, von Armut bedrohte Kinder und Jugendliche, Mini-Rente für Frauen. „Jeder Mensch hat ein Anrecht auf Wohnen. Es



Jessica Wessels (Grüne)

ist unsere Pflicht, diese Möglichkeit auch zu bieten.“ Da werde im Sozialausschuss um kleinste Summe erbittert diskutiert, während in anderen Ausschüssen – bei teilweise gleicher Besetzung – ungleich höhere Summen diskussionslos abgenickt werden. Ein Dauerergernis: die Diskussionen zur Seniorenarbeit in der Stadt.

Stichwort Umgehungsstraße: Während Bürgermeister, CDU und FDP strikt an der B 64n festhalten, kritisieren die Grünen den enormen Flächenfraß und die drohende Enteignung landwirtschaftlicher Betriebe. „Es gibt kostengünstigere, nachhaltigere und schnellere Lösungen als ein komplett an der Realität vorbei geplantes Millionenprojekt.“ Ein Hohn sei auch der Lärmaktionsplan. Hier sei als einzige wirkliche Lärmschutzmaßnahme der Bau von Ortsumgehungen angegeben. -ed-

### Etat verabschiedet – Verschuldung steigt Investitionsoffensive: 60 Millionen Euro

Von Joachim Edler

WARENDORF. Der letzte Akt in diesem Jahr auf politischer Bühne: Der Haushalt 2019 ist am Freitagabend im Stadtrat mehrheitlich abgesegnet worden. Um 18.30 Uhr fiel der Vorhang nach einem mehrstündigen, bereits in den Fachausschüssen vorangegangenen Schlagabtausch. CDU, SPD, FDP und Grüne segneten den Etat mit einem Volumen von rund 91 Millionen Euro und einem Plus von 470 000 Euro ab. Die Freie Wähler Gemeinschaft (FWG) lehnte den Haushalt ab.

Nach insgesamt rund einstündigen Reden der fünf Fraktionssprecher wurde der in ausführlichen Beratungen und am bis zuletzt überarbeiteten Etatentwurf von Bürgermeister Axel Linke (CDU) verabschiedet. Aus verschiedenen Gründen lehnte die FWG das Zahlenwerk ab. Hauptgrund: der geplante Neubau des Hallenbades.

Alle Fraktionssprecher nutzten ihre Etatreden, um die unerfreulichen aber auch positiven Entwicklungen in der lokalen Haushaltspolitik hervorzuheben. Nicht, ohne den einen oder anderen Seitenhieb auf die Fraktionen unterschiedlicher Couleur.

Die finanzielle Lage der Stadt ist gut. Ein wesentlicher Grund für die gute Ausgangslage, so der Bürgermeister bei der Einbringung des Etatentwurfs im Oktober, sei neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik: „Man hat hier nie übertrieben, auch in guten Zeiten immer Maß gehalten, die Millionengräber umschiffen. Unser Haushalt hat keine Folgelasten zu tragen, die aus kommunalpolitischen Fehlentscheidungen



Bürgermeister Axel Linke hält den städtische Haushalt in Händen – ein dickes Zahlenwerk. Gestern stimmte der Rat mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grüne dem Etat für 2019 mit der Finanzplanung zu. Die FWG lehnte den Haushalt ab.

Foto: Joachim Edler

zwangsläufig erwachsen.“ 60 Millionen Euro will die Stadt in den kommenden drei Jahren investieren. Die Kehrseite der Investitionsoffensive: die Verschuldung steigt – und zwar auf über 20 Millionen Euro. Bis zum Jahresende 2017 könnte der Schuldenberg sogar auf 35 Millionen Euro anwachsen. Die Neuverschuldung hat unter anderem mit drei Großprojekten zu tun: Baugebiet In de Brinke, der dritte Bauabschnitt der Stadtstraße Nord und der Neubau der Ret-

tungswache. Der städtische Haushalt hat im Ergebnisplan ein Ausgabevolumen von 91,5 Millionen Euro. Die maximale mögliche Kreditaufnahme wird auf 8,3 Millionen Euro festgesetzt. An Verpflichtungsermächtigungen überträgt die Stadt 24 Millionen in den neuen Haushalt. Die Hebesätze für die Gemeindesteuern: Grundsteuer A (308 Prozent), Grundsteuer B (480 Prozent) und Gewerbesteuer (427 Prozent).

### FDP stimmt Haushalt zu Entscheiden statt rumeiern

Angesichts eines Plus im Ergebnishaushalt warnte FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Beate Janinhoff davor, das Geld jetzt mit vollen Händen auszugeben: „Lassen Sie uns entscheiden sein. Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ Und sie machte die Rechnung auf: Es bestehe nach wie vor enormer Renovierungstau bei den städtischen Gebäuden. „Wenn wir hier nicht investieren, laufen uns die Kosten davon.“ Die Kreditaufnahme der Stadt werde im kommenden Jahr auf 8,3 Millionen Euro steigen. Gegenüber 2018 eine Steigerung von 50 Prozent.

Die FDP-Chefin bescheinigte der Verwaltung eine gute Arbeit – und das trotz einer sehr dünnen Personaldecke: Erschließung neuer Baugebiete in Warendorf und den Ortsteilen, Pflasterung des Marktplatzes, Planung neuer Kunstrasenplätze, Turnhallen, Vereinsheim und schnelles Internet. Auch der Blick in die Zukunft stimmt die Liberalen zuversichtlich: Müssingen und Hoetmar dürfen sich über einen lang ersehnten Kunstrasenplatz freuen, Freckenhorst über eine Sporthalle und ein neues Vereinsheim. In Warendorf entstehen mit den Baugebieten in



Dr. Beate Janinhoff (FDP)

de Brinke und Kardinal von Galen Straße endlich bezahlbare Grundstücke für Familien. Warendorf werde aufgrund der „Jamaika-Koalition“ ein neues Hallenbad mit angrenzendem Lehrschwimmbekken bekommen. Damit sei die unsägliche Bäderdebatte endlich zu Ende. „Diesen Haushalt abzulehnen wäre irrwitzig. Mit Hilfe dieses guten Ergebnisses sind wir in der Lage, in den Folgejahren unseren Bürgern eine lebenswerte und lebenswerte Stadt zu schaffen.“ Auch wenn nicht alle Anträge zum Haushalt im Rat positiv verabschiedet worden seien, sollte man jetzt nicht „klein-klein denken“, sondern dieser wohl kalkulierten und soliden Haushaltsplanung seine Zu-

stimmung geben. Die FDP-Fraktionsvorsitzende erinnerte an die zurückliegenden Debatten: „80 Prozent der Ratsbeschlüsse erfolgten einstimmig. Das beweist, dass wir Ratsmitglieder uns über Parteigrenzen hinweg meistens in der Sache einig sind.“ Als Negativbeispiel endloser Debatten und keiner Entscheidung führte sie die Diskussion um den Erhalt des Lehrschwimmbekken ins Feld. Und sie fand klare Worte: „Die Bürger erwarten nicht ewiges Abwägen, immer wieder neue Gutachten, Arbeitskreise unter Begleitung kostenintensiver Unternehmensberatungen, die Steuergelder kosten.“ Der Versuch, in manchen Sachfragen fraktionsübergreifende Kompromisse zu schließen, so die Fraktionschefin, sei ein probates Mittel, um Entscheidungen voranzutreiben. Die Besorgnis – gerade der kleineren Parteien – dadurch an Profil zu verlieren sei ihres Erachtens nach unbegründet. „Ein Nichtentscheiden und Rumgeiere führt zu Politikverdrossenheit aller Fraktionen und zum Abwandern unserer Bürger in die Nichtwählerschaft beziehungsweise in die offenen Arme der Populisten.“ -ed-

### SPD stimmt Haushalt zu Soziale Kälte im Sozialausschuss

Die Aufstockung des Stellenplans war für SPD-Fraktionschefin Andrea Kleene Erke mit der Hoffnung verbunden, dass das Chaos in der Bauverwaltung dann ein Ende hat. „Das muss man von einem Bürgermeister als Chef der Bauverwaltung erwarten. Müde Begründungen, dass es nur an einer allgemein üblichen starken Fluktuation liege, treffen den Sachverhalt nicht.“ Gleich vorweg: Die SPD stimmte dem Haushalt zu. Wenngleich zähneknirschend, denn die Liste der Kritikpunkte sei lang.

Zuerst stellte die SPD klar: „Die CDU möchte gern in der Öffentlichkeit das Bild zeichnen, dass die Christdemokraten allein für die gute Haushaltssituation verantwortlich zeichnen.“ Das seien „märchenhafte Pressedarstellungen“. Kunstrasenplätze, Baugebiete in Warendorf und den Ortsteilen sowie der beschlossene Neubau einer Sporthalle Freckenhorst tragen auch die Handschrift der Sozialdemokraten. Von „sozialer Kälte“ dagegen spricht die SPD im Sozialausschuss. Hier werde um kleinste Summen gefeilscht. Ein Thema, bei dem die CDU zusammen mit der FDP auch immer wieder gern auf der Bremse stehe: Sozialer Wohnungsbau. In den kommenden zehn Jahren werde es einen deutlich erhöhten Bedarf an neu zu schaffenden Sozialwohnungen geben, betonte die Fraktionschefin. Deshalb sei es jetzt an der Zeit, eine langfristige Strategie zur Entwicklung des Sozialen Wohnungsbaus für den Zeitraum bis 2035 zu entwickeln. „So geht Zu-



Andrea Kleene Erke (SPD)

kunft!“ Kleene Erke blickte aber auch zurück: „In der Zeit vor Bürgermeister Axel Linke haben wir Schulden abgebaut. Und es sei trotzdem nicht nur gespart, sondern auch investiert worden: Kita-Plätze, Ganztagschulen, Gesamtschule. „In diese Zeit fiel auch die energetische Sanierung des Hallenbades und die Sanierung des Freibades – ein Juwel.“ Und was habe sich seitdem in der Bäderlandschaft getan: „Das Lehrschwimmbad wurde geschlossen, der größte Ortsteil Freckenhorst wurde in seinen Bedürfnissen nicht ernst genommen.“ Und es komme noch dicker: Nach einem Antrag von Grünen, FDP und CDU sollen Millionen für ein neues Hallenbad ausgegeben werden – ohne geprüft zu haben, so Kleene Erke, wie gut die Substanz des bestehenden Bades überhaupt sei. „So kann man mit Steuergeld nicht umgehen.“ Und die Realisierung: „nicht vor 2023, also weit in der nächsten Legislaturperiode des Rates. Wenn man ehrlich ist: Dieser Beschluss ist gar nicht bindend für den neuen Rat.“ -ed-

### FWG lehnt Haushalt ab Das ist der pure Wahnsinn

Was lief gut – was lief nicht so gut? André Wenning, Fraktionschef der Freien Wähler (FWG) nahm in seiner Haushaltsrede kein Blatt vor den Mund, sparte nicht an Kritik und sagte auch gleich, warum die FWG diesen Haushalt ablehnt: „Ein funktionierendes und instand gehaltenes Hallenbad mit den Stimmen der Grünen, der CDU und der FDP abzureißen, ist Geldverschwendung. Und das alles ohne klares Konzept! Getreu dem Motto: Erst rennen, dann denken. Egal, ob wir jetzt über 17 Millionen oder gar 20 Millionen Euro reden. Das ist der pure Wahnsinn! Wer soll das bezahlen?“ Wenning monierte weiter, dass die Bürger in keiner Weise beteiligt wurden. Und er erinnerte erneut an den Bürgerhaushalt – mehrheitlich von den Fraktionen gefordert – aber bis heute nicht umgesetzt. Stattdessen, so der FWG-Chef, habe es die Politik geschafft, das bürgerschaftliche Engagement in Form des Vereins „Pro Bad“ zu zerschlagen. Das Lehrschwimmbad wurde über Jahre chronisch unterfinanziert, wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen. Ganz im Gegenteil zum Hallenbad. Hier wurde bis heute in die Instandhaltung investiert. Das ehemalige Thema Lehrschwimmbad sei mittlerweile zu einem Thema Hallenbad geworden. „Als Trostpflaster der CDU, so kommt



André Wenning (FWG)

es mir jedenfalls vor, soll Freckenhorst nun ein Vereinsheim bekommen.“

Der Haushalt, trotz positiver Vorzeichen (Baugebiet In de Brinke, Moderationsprozess Emsinsel, Kunstrasenplätze), sei alles andere als maßvoll: eine Lagerhalle für Marienbögen für mindestens 175 000 Euro stellte Wenning in Frage. Nicht gesichert sei die Finanzierung der Stadtstraße Nord – ohne Förderzusage nicht zu finanzieren. Wenning forderte von der Verwaltung, entsprechende Fördertöpfe systematisch zu prüfen.

Zudem seien viele Maßnahmen im aktuellen Etat noch gar nicht berücksichtigt: Entwicklung neuer Gewerbegebiete, Abriss des Lehrschwimmbades. Wenning: „Da bin ich ja froh, dass wir zumindest die Reinigungskosten für das Trauzimmer in Freckenhorst mit 200 Euro im Haushalt festgeschrieben haben.“ -ed-